

Eröffnungs-Sitzung des Landtages vom 5. Februar 1947
=====

Anwesend: Alle Abgeordneten mit Ausnahme von Abg. Beck
Triesenberg.

Beginn der Sitzung: vormittags $\frac{1}{2}$ 10 Uhr

Vorbesprechung: In die Finanzkommission sollen für das laufende
Jahr die folgenden Abgeordneten gewählt werden:

Bürgerpartei: Fidel Brunhart und Hasler, Gamprin
Union : Johann Wachter und Alois Hasler, Schellenberg

für die Geschäftsprüfungskommission werden folgende Abgeordnete
vorgesprochen: Beck, Johann, Ph. Elkuch und Florian Kindle

als Schriftführer: Fidel Brunhart und Florian Kindle.

O e f f e n t l i c h e S i t z u n g :

Reg. Chef: Herr Alterspräsident, meine Herren Abgeordneten!
Im Auftrage des Landesfürsten eröffne ich hiemit die dies-
jährige Session des Landtages gemäss Art. 54 der Verfassung
und bitte Herrn Alterspräsident Johann Wachter die heutige
Sitzung zu leiten und die Bürowahlen vorzunehmen.

Altersprä. Joh. Wachter: Ansprache siehe Seite 2.

Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten (Abstimmung)
Als solcher ist der bisherige Präsident David Strub gewählt
und zwar mit 13 Stimmen und 1 Stimme Dr. Ritter.

Wir kommen zur Wahl des Vizepräsidenten (Abstimmung)
Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen Herr Dr. Alois Ritter, 1 Stimme
leer.

Nun folgt die Wahl der Finanzkommission:

Abstimmungsergebnis:

Hasler Alois Schellenberg	13	Stimmen
Hasler G.J. Gamprin	13	"
Brunhart Fidel Balzers	13	"
Wachter Hans Schaan	13	"

Wahl der Geschäftsprüfungskommission:

Abstimmungsergebnis:

Ph. Elkuch, Schellenberg	13	Stimmen
J. Beck, Triesenberg	14	"
F. Kindle, Triesen	13	"

Schriftführer:

Abstimmungsergebnis: Florian Kindle und Fidel Brunhart

Altersprä. Wachter: Somit schliesse ich die heutige ^{Sitzung} ~~Tagessitzung~~
ung und danke den Herren für die Aufmerksamkeit.

K o n f e r e n z - Z i m m e r - B e s p r e c h u n g :

Präs. Strub: Ich eröffne die heutige Konferenzsitzung
und ersuche Herrn Reg. Chef zur Beschaffung des Geldes betr.
Anleihenerrhöhung der Sparkassa und zur Deckung des Spezial-
budget zu referieren.

Herr Regierungschef, Meine Herren Abgeordneten !

Infolge meiner Eigenschaft als ältester in diesem Saale, bin ich auch heuer wieder gemäss den Bestimmungen der Geschäftsordnung dazu bestimmt, als Alterspräsident die geschäftsordnungsmässigen Wahlen zu leiten, um nachher das Präsidium dem neugewählten Präsidenten zu übergeben.

Bevor wir dazu übergehen, das Landtagsbüro und die Finanzkommission für die neue Session zu bestimmen, möchte ich noch ein paar Worte an sie richten.

Die wirtschaftliche Entwicklung Liechtensteins läuft auch jetzt noch auf Hochtouren. Die Konjunktur ist in der Industrie und im Gewerbe sehr gut und alle Arbeitskräfte sind vollauf beschäftigt. Das spürt leider auch die Bauernsamer, der es nur unter schwersten Opfern und grossem Mangel an Arbeitskräften möglich ist, die ihr gestellten Aufgaben für den Anbau zu lösen. Es ist zwar eine Lockerung im Anbauzwang eingetreten, aber immerhin muss in Anbetracht der beschränkten Zufuhr an wichtigsten Lebensmitteln die Bauernwirtschaft sorgsam gepflegt werden. Die Kriegswirtschaft ist zwar etwas gelockert worden, es ist aber gerade bezüglich der Versorgung mit ~~habenamann~~ lebenswichtigen Waren, wie Brot, Fleisch, Fett, Milch und Käse, Reis und Oel nicht damit zu rechnen, dass im laufenden Jahre die kriegswirtschaftlichen Massnahmen vollständig abgebaut werden können. Wenn auch eine beträchtliche Besserung der Zufuhren zu erwarten ist, muss doch die inländische Produktion noch massgebend gefördert werden. In Anbetracht der Leistungen die die Bauernsamer seit Kriegsbeginn ausbrach auf sich genommen und mit härtester Arbeit restlos erfüllt hat, muss schon heute gesagt werden, dass bei der Besserung der Weltwirtschaft der inländische Bauernstand weitgehendst geschützt werden soll und muss. Bei dieser Gelegenheit muss ich pflichtgemäss darauf hinweisen, dass das durch den Kanalbau und die Entwässerungsarbeiten geschaffene wertvolle Kulturland auch weiterhin bebaut werden muss, es darf nicht vorkommen, dass solches, mit grossen Kosten geschaffene Land brach liegen bleibt.

Dem Landtag harren auch in der neuen Session grosse Arbeiten. Ich erinnere an die Fertigstellung des Tunnels, an die dringend notwendigen Strassenreparaturen und Korrekturen, an die Fortsetzung der Sicherheitsbauten am Rhein und in den Rufen. Eine der nächsten Arbeiten des Landtages wird die Beschlussfassung über eine neue, zeitgemässe Bauordnung sein und dann wird sich der Landtag im heurigen Jahr ernsthaft mit der Neuregelung des Steuerwesens, das ist mit einer Totalrevision des Steuerrechtes zu befassen haben. In dieses neue Steuergesetz müssen weitgehende soziale Massnahmen für die Minderbemittelten eingebaut werden. Ferner wird sich der Landtag je nach dem Ausgang der Volksabstimmung in der Schweiz mit der Schaffung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung befassen müssen. Schliesslich möchte ich noch auf ein sehr wichtiges Werk im Interesse der liechtensteinischen Volkswirtschaft hinweisen, das ist das Saminawerk. Im Hinblick auf die Stromversorgungsverhältnisse muss raschestens daran gegangen werden dieses Projekt zu verwirklichen um der einheimischen Volkswirtschaft hinreichend elektrische Kraft zu mässigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Ich habe hier nur ein paar Blumen aus dem Strauss gepflückt, der die Aufgaben des Landtages für 1947 enthält. Die Durchführung dieser grossen Arbeiten ist nur möglich, wenn wir auch weiterhin mit vollem Vertrauen und mit Eingkeit an die Lösung dieser grossen Aufgaben herantreten. Für Zwistigkeiten ist in der gegenwärtigen Zeit noch kein Raum, wir müssen wie bisher einträchtlich zusammenarbeiten um das beste für unser Land und Volk heraus zu holen. Wenn wir in diesem Sinne in der neuen Session weiterarbeiten, so erfüllen wir auch einen dringenden Wunsch Seiner Durchlaucht unseres geliebten Landesfürsten.

In diesem Sinne bitte ich sie, ihre Arbeiten aufzunehmen und jetzt an die

Reg. Chef: Der Landtag hat im letzten Jahr dem Gesuch der Sparkassa um Erhöhung der Anleihe zugestimmt und der Regierung den Auftrag erteilt, das Geld zu beschaffen. Die Regierung hat die Sache besprochen und mit einem Geldgeber verhandelt, die Million wäre heute sichergestellt. Ich habe versucht, den Zinssatz herunterzudrücken so gut es ging, es ist jedoch nicht möglich, bei einer Laufzeit von 15 Jahren den Zinssatz unter $3\frac{1}{2}\%$ hinab zu bringen. Die Anleihe ist daher möglich zu einem Zinssatz von $3\frac{1}{2}\%$ auf 15 Jahre in Form einer Obligation, oder mit einer Laufzeit von 10 Jahren, dann würden wir ev. mit $3\frac{1}{4}\%$ wegkommen. Der Landtag ist somit in der Lage, zum ersten oder 2. Antrag Stellung zu beziehen, ich möchte jedoch die Anleihe auf nur 10 Jahre nicht empfehlen, auch die gesamte Regierung stellte sich auf den Standpunkt, dass das Land nicht Gefahr laufen darf bei einer Laufzeit von nur 10 Jahren in einen Engpass zu geraten. Das erwähnte Geld, 1 Million, ist bereits bei der Sparkassa einbezahlt worden. Ich möchte nun den Obligationentext vorlesen: wird vorgelesen. Eine Obligation hat übrigens den Vorteil, dass ein Darlehen aufgenommen werden kann, ohne ein spezielles Pfand zu stellen. Der Staat schuldet das Geld einfach dem Inhaber der Obligation. Diese kann vom Inhaber je nach Belieben weiterverkauft werden. Im weiteren benötigt die Regierung noch weitere 1.4 Millionen zur Deckung des Spezialbudget des Jahres 1947. Die Regierung soll daher die Vollmacht erhalten, auf dem gleichen Wege auch dieses Geld zu beschaffen.

Abg. Sele: Es wäre interessant zu wissen, woher das Geld kommt. Im Volk hört man versch. Gerüchte, man sollte in der Lage sein, der Gerüchtemacherei entgegenzutreten.

Reg. Chef: Hierzu möchte ich erwähnen, dass es sich bei dem Geld um eine Obligation handelt, welche wie schon gesagt, von einer Hand in die andere gehen kann. Wenn ich also heute sage, wir schulden dem X das Geld, so kann es morgen durch Verkauf der Obligation wieder ein anderer sein.

Abg. Dr. Ritter: Man sollte solche Anleihen im Inland zur Zeichnung auflegen und ich bin überzeugt, dass in kürzester Zeit die Anleihen überzeichnet wären.

Reg. Chef: Wir haben von dieser Auflage Abstand genommen, weil in der nächsten Zeit noch andere grosse Gelder zu beschaffen sind (Saminawerk) dort besteht dann die Möglichkeit einer Beteiligung. Wir wollten vermeiden, dass bei den Leuten keine Nervosität aufkommt wenn wir immer und immer wieder Anleihen ausschreiben müssen, deshalb wollten wir die vorerwähnten Beträge nicht in die Öffentlichkeit bringen.

Abg. Kindle: Ist die Regierung der Ansicht dass heute über diese Sache Beschluss gefasst werden soll?

Reg. Chef: Ja.

Abg. Kindle: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es mir nicht passen würde, wenn sich das Land zu stark einseitig Geld beschaffen würde, d.h. von einer und derselben Person sich das Geld leihen liesse.

Präsident: Nachdem es sich um Obligationen handelt, sehe ich hierin gar keine Gefahr.

Abg. Kindle: Ist die Obligation von seiten des Gläubigers auch kündbar?

Reg. Chef: Nein, wir hingegen haben das Recht, das Geld vorzeitig zurückzuzahlen.

Abg. Dr. Ritter: Nach meinem Dafürhalten geht die Sache in Ordnung.

Abg. H. Brunhart: Besteht wirklich keine Möglichkeit das Geld zu einem niedrigeren Zinsfuss zu beschaffen?

Reg. Chef: Nein.

Abg. Dr. Ritter: Ein Herunterhandeln mit dem Zinsfuss wäre nur dann möglich gewesen, wenn mehrere Interessenten vorhanden gewesen wären. Meines Erachtens bestünde auch die Möglichkeit, mehrere Interessenten auf den Plan zu bringen.

Reg. Chef: Es ist nicht so leicht mit der Geldbeschaffung. Wir haben Bankdirektor Schoch den Auftrag gegeben, dass er in der Schweiz sondieren soll, er hat dann versucht, über die Lebensversicherungen das Geld zu erhalten, diese Stellen sich jedoch auf den Standpunkt "Ausland-Obligationen kommen nicht in Frage" Nachher hat er sich mit den Banken in Verbindung gesetzt, die Nationalbank hat die Bewilligung zur Aufnahme der Anleihe erteilt. Nachdem sich Schoch mit versch. Banken die in Betracht kämen in Verbindung gesetzt hatte, war er sehr enttäuscht vom Ergebnis und teilte uns mit, dass zu 3% das Geld zu erhalten sei, niedriger aber nicht. Man stellt sich in der Schweiz auf den Standpunkt, obwohl Liechtenstein heute den Zollvertrag mit der Schweiz hat, so ist es doch Ausland und niemand weiss, wie lange diese Zollunion bestehen bleibt. Nächsten Montag wird Schoch nach Vaduz kommen um über die Sache zu referieren. Es wird dann möglich sein, den Landtag in der nächsten Sitzung zu orientieren.

Präsident: Ich möchte betr. dem Bau des Saminawerkes erwähnen, dass nach meiner Ansicht zuerst das Geld zum Bau sichergestellt sein sollte, bevor der Landtag den Bau des Werkes definitiv beschliesst, denn die Finanzierung ist doch die Grundlage der ganzen Sache, und diese soll zuerst geschaffen werden.

Abg. H. Brunhart: Ich habe keine Bedenken wegen der Aufbringung der Mittel, denn für eine solche Anlage wird sich mancher interessieren.

Abg. Dr. Ritter: Bei aktienmässiger ^{und} Anleihe wäre das Interesse bedeutend grösser.

Präsident: Es muss ja gesagt werden, dass momentan für eine Anleihe günstig ist, aber 6 Millionen ist eben ein Betrag.

Reg. Chef: Es wird sich folgende Frage noch aufwerfen, Sollen die 6 Mill. gleich aufgenommen werden, oder je nach Bedarf in Tranchen, Schoch ist zwar der Ansicht, dass sofort der ganze Betrag aufgenommen werden soll. Wegen allfälligem Zinsverlust wäre möglich, dass das Geld in schweiz. Kassenscheinen angelegt werden könnte. Es ist noch eine andere Frage. Das Land hat $1\frac{1}{2}$ Mill. Fondgutschriften, soll nun vielleicht ein Teil dieses Geldes hier verbaut werden oder nicht? Die Verzinsung wäre eine höhere und das Geld wäre gut angelegt. Uebrigens würde es nicht schaden, wenn Dir. Schoch im Landtag selbst einmal referieren würde, auf jeden Fall werde ich am Montag von ihm ein Expose verlangen. Ich möchte nun auf die Anregung von Abg. Kindle zurückkommen betr. der einseitigen Anleiheaufnahme. Die Sparkassa hat sehr gedrängt, dass diese Million zur Verfügung gestellt werde, sodass die Regierung gezwungen war, das Geld möglichst rasch zu beschaffen.

Abg. Sele: Ich muss mich den Ausführungen von Abg. Kindle anschliessen, denn es im im Volk eine gewisse Beunruhigung, dass sich das Land zu sehr einseitig festlegt.

Reg. Chef: Im Jahre 1941 mussten wir sehr froh sein, dass wir die $1\frac{1}{2}$ Mill. erhalten konnten. Die Regierung hat seinerzeit mit einem Zinssatz von $3\frac{3}{4}\%$ gerechnet, für $3\frac{1}{2}\%$ erhielt man dann das Geld. Im übrigen möchte ich noch betonen, dass nicht der Geldgeber das Geld angeboten hat, sondern ich habe ihn um das Geld angegangen. Ich möchte nochmals sagen, dass wir den Kapitalmarkt nicht nervös machen dürfen mit Ausgaben von Prospekten für eine Anleihe.

Abg. Dr. Ritter: Wenn wir die schweizerische Finanzpolitik anschauen, so finden wir auch dort, dass nur gewisse Anleihen öffentlich aufgelegt werden. Andere Kredite werden unter der Hand bei den Grossbanken aufgenommen. Es spielt wirklich keine Rolle, ob Grossbanken solche Anleihen zeichnen, oder wie in unserem Fall eine Einzelperson, zumal die betr. Person mit Namen nicht Gläubiger des Landes werden, sondern nur der Inhaber der Obligation. Auch in unserem Fall hätte der Geldgeber alles durch eine Bank machen lassen können.

Präsident: Die Ausführungen von Hr. Dr. Ritter sind ganz richtig, es handelt sich bei der Obligation nicht um ein Namenspapier sondern um ein Inhaberpapier.

Reg. Chef: Es ist mit einem Wort eine Obligationsanleihe. Wenn wir die 6 Millionen ausschreiben lassen, so hat dieselbe Person oder Firma die Möglichkeit, einen bedeutenden Betrag zu zeichnen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf das Lawenawerk zu sprechen kommen, dieses ist heute verpfändet und soll so rasch wie möglich wieder freigekauft werden.

Präsident: Ich vertrete gewiss auch den Standpunkt, dass sich die Sache nicht zu einseitig entwickeln soll.

Reg. Chef: Das Land will auch keine einseitige Entwicklung ansonst es die Möglichkeit gehabt hätte, das Saminawerk auf leichte Art zu finanzieren, indem wie s.Z. die Studienkommission resp. ein Teil dieser den Standpunkt vertreten hat, dass das Werk zusammen mit dem Lawenawerk halb Privatbesitz und halb Landesbesitz werden soll. Lange hat man mit diesem Gedanken gespielt.

Abg. Kindle: Nur nie ein Teil eines solchen Unternehmens in private Hände lassen, lieber die Schwierigkeiten übernehmen, die die Geldbeschaffung mit sich bringen.

Abg. Sele: Die Geldgeber sind selber schuld, dass die allgemeine Stimmung gegen sie spricht, haben sich doch einige dieser Herren bei uns als Herren des ~~Landes~~ aufgespielt.

V. Chef Nigg: Solche gibt es mehrere.

Reg. Chef: Auf jeden Fall kann ich sagen, dass das Verhältnis der Regierung zum Geldgeber ein korrektes ist, auf keinen Fall ein intimes. Ich weiss wohl, was man dem Lande schuldig ist.

Präsident: Wir haben nun die Angelegenheit eingehend besprochen sodass über die Sache abgestimmt werden kann.

Wer also damit einverstanden ist, dass diese 1 Million zur Erhöhung des Dotationskapitals der Sparkassa in der von der Regierung vorgeschlagenen Art und Weise, d.h. durch die Ausgabe einer Obligation auf 15 Jahre zu $3\frac{1}{2}\%$ Zins netto beschafft wird, möge dies durch Handerheben bekannt geben:

Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen Ja

Präsident: Nun soll noch eine weitere Million in gleicher Weise und zu den gleichen Bedingungen bewilligt werden zur Deckung des Spezialbudget.

Abg. Dr. Ritter: Bei diesem Betrag möchte ich doch den Vorschlag machen, dass weitgehends auch nach anderen Geldgebern sondiert werden soll. Bei der vorhin bewilligten Million musste auf die Dringlichkeit Rücksicht genommen werden. Die hier benötigte Million ist nicht so dringlich, sodass eine Sondierung unbedingt am Platze ist. Hinsichtlich des Geldgebers würde ich mich jedoch nicht festlegen, auch negativ nicht.

Abg. Kindle: Ich möchte die Ausführungen von Hr. Dr. Ritter unterstützen. Es soll hier besser sondiert werden. Wenn dann die Möglichkeit besteht, von einem anderen Geldgeber als bei der ersten Million das Geld zu gleichen Bedingungen zu erhalten, soll ein anderer den Vorzug haben.

Reg. Chef: Es ist nicht so, dass bei der 1. Million nicht sondiert worden wäre, nur haben wir aus den bekannten Gründen keinen Prospekt hinausgeben wollen. Beim Finanzmarkt heisst es Obacht geben, dass die Leute nicht nervös werden. Wir haben wohl sondiert, aber auf eine gewöhnliche Obligation gibt man weniger gern Geld, die Laufzeit von 15 Jahren ist das Ärgste, dies drückt den Zinssatz auch bedeutend in die Höhe. Es ist auch nicht so, dass wir mit $3\frac{1}{2}\%$ ohne weiteres etwa einverstanden gewesen sind. Was nun die neue Million anbelangt, so habe ich mit einem Neu-Liechtensteiner verhandelt, dieser wäre bereit, $\frac{1}{2}$ Million zu zeichnen.

Präsident: Der Landtag hat somit prinzipiell zu beschliessen ob er mit der Aufnahme einer weiteren Million für das Spezialbudget einverstanden ist oder nicht

Reg. Chef: Ein bekannter schweiz. Bankier war bei mir und hat sich anerbotten, in seinen Kreisen betr. billigem Geld zu sondieren. Er hat dann in versch. Bankkreisen sondiert und hat zur Antwort bekommen, dass Liechtenstein eben als kein stabiles schweizerisches Wirtschaftsgebiet angesehen werden könne. Ganz geschlagen ist der betr. Bankier dann mit seinem Bericht zu mir gekommen und war dann auch der Ansicht, dass unter 3½% das Geld nicht zu bekommen sei.

Abg. Sele: Man muss die Steuern noch weiter herunter setzen, vielleicht haben wir dann noch mehr Kredit.

Abg. Dr. Ritter: Der Kredit für das Spezialbudget ist ja bereits bewilligt worden.

Präsident: Die Regierung wünscht, dass der Landtag sein Einverständnis zur Geldbeschaffung in Form von Obligationen im vorbesprochenen Sinne gibt.

Wer ist damit einverstanden: einstimmig angenommen.

V. Chef Nigg: Ich möchte noch kurz die Polizeifrage zur Sprache bringen, resp. die Ausschreibung von 2 neuen Polizisten. Die 2 provisorisch angestellten Polizisten Frick und Marxer sollen weiterhin für den Dienst beibehalten werden. Die 2 neuen (Ausschreibung) werden zur Ausbildung in die Polizeischule nach St. Gallen geschickt. Betr. den Ausbildungskosten wurden wir wiederholt auch von St. Gallen darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht recht ist, dass ein Aspirant die Kosten aus eigenen Mitteln bestreiten soll. In der Schweiz werden diese Kosten bezahlt, d.h. ein Aspirant wird während der Ausbildung mit dem minimalen Polizistenlohn bezahlt. Der Vorschlag geht also dahin dass die Polizeianwärter vom Tag der Einrückung in den Instruktionkurs den Minimallohn erhalten. Dies würde natürlich rückwirkende Geltung haben auf Polizist Gebhard Büchel. Wir haben in der Regierung diese Sache besprochen und stellen an den Landtag den Antrag, er möge den hierfür notwendigen Kredit bewilligen. Wenn einer dann den Kurs nicht bestehen sollte, hat er natürlich das Geld wieder zurück zu zahlen.

Abg. Sele: Grundsätzlich bin ich nicht dagegen nur sollte man eine gewisse Gewähr haben, dass die Leute dann im Dienst bleiben, nicht dass einer nach kurzer Zeit aus dem Polizeidienst wieder austritt, nachdem vorher der Staat in ausbilden hat lassen.

V. Chef Nigg: Man könnte die Verpflichtung einbauen, dass wenn einer vor Ablauf von 5 Jahren den Dienst verlässt, die Kosten zurück zahlen muss.

Präsident: Wie steht es mit der Ausbildung von Frick und Marxer.

V. Chef Nigg: Diese werden zu Kursen von 2 bis 3 Monaten nach St. Gallen geschickt.

Präsident: Hinsichtlich der Polizeiausbildung geschieht bei uns zuwenig. In anderen Staaten müssen die Polizisten Fortbildungskurse besuchen u.s.w. dass die betr. Leute auch wirklich auf der Höhe sind. Bei uns hingegen besteht gar keine Fortbildung, das ist ein grosser Nachteil.

Jch habe das Gefühl, dass gerade im Schneid nichts nachlassen würde, wenn die Leute wüssten, dass sie Wiederholungskurse zu absolvieren hätten. Die Regierung möge bedacht sein, dass die Weiterbildung der Polizisten näher ins Auge gefasst wird.

V.Chef Nigg: Wir haben mit St. Gallen Fühlung genommen. Es soll in der nächsten Zeit Polizist Meier zu einem Wiederholungskurs in den Erkundigungsdienst nach St. Gallen gesandt werden. Bis jetzt waren solche Kurse nicht möglich gewesen, weil im Korps Mangel an Leuten bestand.

Präsident: Wenn sich niemand mehr zum Wort meldet, lasse ich über diesen Punkt abstimmen.

V.Chef Nigg Formulierung des Antrages:

Die Polizeirekruten werden vom Beginn ihrer Einberufung zur Ausbildung mit dem Minimalgehalt eines Polizisten besoldet und haben die Verpflichtung, ~~SMM~~ aus diesen Dienstehälften Verpflegung und Unterkunft und andere Kursausbildungskosten zu tragen. Bedingung für diese Auszahlung ist, dass der Polizeirekrut nach beendeter Ausbildung durch mindestens 5 Jahre im Dienst verbleibt. Scheidet er freiwillig aus, so hat er die Kosten zurück zu bezahlen.

Präsident: Die Herren haben den Antrag der Regierung gehört. Wer damit einverstanden ist, dass der hierfür benötigte Kredit vom Landtag genehmigt wird, möge dies durch Handerheben bekannt geben?

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Somit schliesse ich die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung: $\frac{1}{2}$ 12 Uhr

-----EG-----

M. Nigg
M. Nigg